

„Abschaffung des Gemeindepfarramts ist Abkehr von der reformatorischen Kirchenlehre“

Pfälzer „Transformationsprozess“ beschäftigte die Fuldaer Runde auf ihrer Tagung in Kassel

„Wie kann die Freiheit des Pfarrberufs als Professionsberuf gesichert werden, wenn der Dekan nicht mehr die Dienstaufsicht führt, sondern zum Dienstvorgesetzten wird?“, lautete eine der Leitfragen des pfälzischen Theologen Martin Schuck an die Mitglieder der Fuldaer Runde. Auch sei es unklar, wie das reformatorische Gegenüber von Amt und Gemeinde bei einer Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus der Kirchengemeinden zukünftig zu denken sei, so Schuck weiter.

Im Mittelpunkt der Jahrestagung der Fuldaer Runde am 16. und 17. Januar in Kassel stand der aktuelle Transformationsprozess in der Evangelischen Kirche der Pfalz. Die Fuldaer Runde ist ein Zusammenschluss der Vorsitzenden der Pfarrvereine und der Pfarrvertretungen der EKD-Gliedkirchen sowie den Mitgliedern der Dienstrechtlichen Kommission der EKD. Nach einführenden Vorträgen von Thomas Jakubowski, Christine Schöps und dem Kirchenjuristen Rainer Obrock mit grundlegenden Informationen zum Wesen des Körperschaftsstatus des öffentlichen Rechts sowie zu den geplanten Maßnahmen in der pfälzischen Landeskirche, führte Schuck in die Genese der theologischen und rechtlichen Grundlagen dieses Prozesses ein.

Dabei beschrieb er das Vorhaben, den Kirchengemeinden den öffentlich-rechtlichen Körperschaftsstatus zu entziehen und sämtliche öffentlich-rechtlichen Kompetenzen auf vier Großdekanate zu verlagern, als konsequenten Schlusspunkt einer Entwicklung, die bereits in den 1970er Jahren begonnen habe. Damals wurde den Dekanaten der Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verliehen, den die Kirchenverfassung von 1920 nur der Landeskirche und den Kirchengemeinden zusprach. Von der sukzessiven Stärkung der „mittleren Ebene“, die in der Einführung des hauptamtlichen Dekansamts ihren vorläufigen Höhepunkt fand, sei es nur ein konsequenter Schritt, das Dekansamt auch dienstrechtlich dem Pfarrdienst überzuordnen. Damit aber sei das Ende des Pfarramts in der Gemeinde besiegelt, so Schuck.

In den drei Workshops und der abschließenden Diskussionsrunde wurde die exemplarische Bedeutung des pfälzischen Transformationsprozesses für sämtliche EKD-Gliedkirchen erkannt und thematisiert. So wurde hervorgehoben, dass das Konstruktionsprinzip des Protestantismus grundsätzlich durch Delegation von unten nach oben funktioniere. In der pfälzischen Landeskirche werde dieses Prinzip jedoch aufgegeben zugunsten einer Einsetzung von oben, die eher dem Leitungsprinzip des Katholizismus entspreche. Deutlich werde das an der Zuordnung der Pfarrpersonen in Regio-Gemeinden durch das Dekanat. Bedenklich sei, dass es in Zukunft durch die faktische Abschaffung des Gemeindepfarramts kein klares Gegenüber zwischen Pfarramt und Gemeinde gibt, was eine folgeschwere Abkehr von der reformatorischen Kirchenlehre bedeute.

Als weiteres Problem werteten die Teilnehmer der Fuldaer Runde die erwartbaren Folgen für das Ehrenamt. So wurde gefragt, welche Motivation es für einen ehrenamtlichen Dienst in einer Kirchengemeinde gäbe, der die Eigenständigkeit in Fragen des Besitzes von Gebäuden und das Haushaltsrecht genommen werde. Auch wurde die Befürchtung geäußert, dass die Beschneidung der kybernetischen Kompetenz des Pfarrberufs als kirchenleitendes Amt starke Rückwirkungen auf die Attraktivität dieses Berufs habe. Damit wäre ein noch stärkerer Pfarrermangel zu befürchten.

Die gesamte Tagung hindurch drückten die Teilnehmer ihr Unverständnis darüber aus, dass ausgerechnet in der pfälzischen Landeskirche, in der bis vor kurzem die liberalen Prinzipien der Kirchenunion von 1818 hochgehalten wurden, eine letztlich selbstzerstörerische Ideologie der Transformation hin zu einem hierarchischen Organisationsprinzip den synodalen Diskurs dominieren kann.